

Alles wird teurer

.....
ABER DIE RENTEN STEIGEN NICHT.
.....

MIETEN	+ 8%
KRANKENKASSE	+ 16%
HEIZUNG	+ 60%
ÖV	+ 4%
ESSEN	+ 5%
STROM	+ 46%

.....
MWST. (2024) + 0.4%
.....

IMMER WENIGER
ZUM LEBEN!

PREISANSTIEG: 2020-2024
MEDIANHAUSHALT, QUELLE: BFS, BERECHNUNGEN SGB

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
210 · Ausgabe CH · Februar 2024
AZB 3001 Bern · Post CH AG

SP

Ja zur 13. AHV-Rente!

KONZERN-INITIATIVE FÜR DIE ÖFFENTLICHE HAND

Wie der Bund zu ökologischerem und sozialerem Handeln
gezwungen wird. Seite 13

DER WOLF, DAS STAATSPOLITISCHE TIER

Entscheide zum Wolf müssen endlich wissenschaftlich fundiert und
nicht emotional gefällt werden. Seite 8

Liebe Leserin, lieber Leser,
alle dazwischen und darüber hinaus



Glaubt man der bürgerlichen Mehrheit unter der Bundeshauskuppel, fehlt es finanziell an allen Ecken und Enden. Deshalb sollen – um nur ein Beispiel zu nennen – die Renten für Witwer nicht auf das Niveau der Witwen angehoben, sondern die Renten der Witwen entsprechend gesenkt werden (mehr dazu auf Seite 8). Für die generöse Aufrüstung der Armee und für den 5,3 Milliarden Franken teuren Autobahnausbau soll es jedoch reichen – von der Rettung der Credit Suisse ganz zu schweigen. Sind die Finanzszenarien der Rechten vor diesem Hintergrund glaubhaft? Nein. Eine 13. AHV-Rente können wir uns leisten.

Viele Rentner:innen sind auf eine 13. AHV-Rente angewiesen. Denn die Teuerung durch Mieterhöhungen, steigende Lebensmittelpreise und die Prämienexplosion frisst eine ganze Monatsrente weg. Einer:in von fünf Rentner:innen gilt in der Schweiz als arm. Mehr dazu liest du ab Seite 4.

Wir reden mit den Menschen, nicht über sie. Darum sind wir zum Ortstermin nach Grenchen gefahren und haben uns bei einer Essensausgabe umgehört (Seite 7). Das Thema Armut beschäftigt uns auch am Parteitag vom 24. Februar in Genf. Die Parteispitze legt ein Positionspapier vor, mit dem wir die Vision «Armut in der Schweiz bis 2030 beenden» verfolgen. Warum gibt es in der reichen Schweiz überhaupt Armut? Wer ist betroffen? Und vor allem: Was lässt sich tun? Diskutiere mit – die Anmeldefrist für den Parteitag läuft noch bis Freitag, 2. Februar 2024.

Wenn mich diese Gespräche in Grenchen eines gelehrt haben, dann das: Armut kann uns alle treffen. Das Bundesamt für Sozialversicherungen beziffert die Wahrscheinlichkeit, einmal im Leben auf Sozialhilfe angewiesen zu sein, auf 19 Prozent. Das ist fast jede fünfte Person. Viele Renter:innen kennen Armut aus eigener Anschauung. Denn wer im Alter arm ist, war auch im Erwerbsleben nicht auf Rosen gebettet. Darum: Ja zur 13. AHV-Rente!

Solidarische Grüsse
Pia Wildberger

INHALT

- 4 Ja zu anständigen Renten!**
Mattea Meyer über die Gründe für die 13. AHV-Rente
- 6 Besser die Armut als die Armen bekämpfen**
Ortstermin bei der Restessbar in Grenchen
- 8 Existenzangst wegen Abbau bei Witwenrenten**
- 8 Der Wolf, das staatspolitische Tier**
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Konzern-Initiative für die öffentliche Hand**
Das öffentliche Beschaffungswesen wird endlich nachhaltiger
- 15 Ehemaliger Sonderschüler wählt Bundesrat**
Für alle gibt es ein erstes Mal, auch für die neuen National- und Ständeräte
- 16 Kochen fürs Klima: «Gemüse ist sowieso viel spannender»**
Zu Besuch bei Moritz Stiefels Hopfenkranz in Luzern
- 17 Rezension: Stadt, Land, Frust**
- 18 5 Fragen an Neumitglied Vilson Ferreira Mendonça**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und von der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**



Abstimmungen über Mieten und Autobahnen

Wir haben es in Rekordzeit geschafft: Zusammen mit dem Mieterinnen- und Mieterverband haben wir beide Referenden gegen die Aushöhlung des Mietrechts mit je 75 000 Unterschriften eingereicht. Wir wehren uns gegen den Frontalangriff der Immobilienlobby auf das Mietrecht. Sie will den Kündigungsschutz aufweichen, um danach beim Abschluss neuer Mietverhältnisse die Mietzinse einfacher erhöhen zu können. Das würde zu einer weiteren Explosion der Mietzinse führen – dies ausgerechnet in Zeiten von immer knapperem bezahlbarem Wohnraum. «Wir sind bereit für die Abstimmung, denn wir wissen, dass die Stimmbevölkerung keine weiteren

Verschlechterungen des Mietrechts will. Das hat die Sammelpase deutlich gezeigt», sagte SP-Ständerat und Präsident des Mieterverbands Carlo Sommaruga bei der Einreichung der Unterschriften in Bern. Auch das Referendum gegen den Autobahnausbau kam in einer breiten Allianz mit 100 000 Unterschriften zustande. Der Autobahn-Ausbau für 5,3 Milliarden Franken ist angesichts der Klimakrise unverständlich. «Das ist keine zukunftstaugliche Politik und gefährdet das Erreichen der Klimaziele», sagte SP-Nationalrätin Brenda Tuosto anlässlich der Einreichung. Die Allianz geht von einem Abstimmungstermin im Sommer oder Herbst 2024 aus.

Politische Cartoons im Kommunikationsmuseum



Im Berner Museum für Kommunikation sind noch bis zum 25. Februar die besten politischen Cartoons und Karikaturen des letzten Jahres ausgestellt. Auch die SP pflegt die bissig-humorvolle Kommunikationsform und arbeitet regelmässig mit dem Cartoonisten Max Spring zusammen. Wir freuen uns sehr, dass auch «Mäxus» Zeichnung, die er im Auftrag der SP zum feministischen Streik 2023 malte, gezeigt wird. Die Ausstellung lohnt sich auf jeden Fall: → mfk.ch

Die Präventionskampagnen sind gerettet



430 000 Vergewaltigungsoffer gibt es in der Schweiz. Alle drei Wochen geschieht ein Feminizid, und jeden Tag werden über 50 Fälle von häuslicher Gewalt registriert. Die Zahlen sind alarmierend. Trotzdem wollte der Bundesrat Ende 2023 ausgerechnet bei der Gewaltprävention sparen und strich Gelder für die Präventionskampagnen gegen häusliche, sexualisierte und geschlechtsbezogene Gewalt. Den Preis für die Sparpolitik sollten die Betroffenen bezahlen. Der Beschluss löste eine Welle der Empörung aus. In nur zwei Wochen

unterschrieben nahezu 15 000 Menschen unsere Petition, und über 170 Organisationen unterzeichneten einen offenen Brief zur Rettung der Präventionskampagnen. Und der Druck wirkte! Noch in der Wintersession nahmen National- und Ständerat die Präventionskampagnen mit 1,5 Mio. Franken pro Jahr wieder in die Finanzplanung der nächsten Jahre auf. Nun muss der Bundesrat über die Bücher.

Tamara Funciello, Nationalrätin und Co-Präsidentin SP Frauen Schweiz

Solidaritätsdemo für die Ukraine



Vor zwei Jahren, am frühen Morgen des 24. Februar 2022, erreichte uns die Nachricht: Russland hatte die Ukraine überfallen. Nun jährt sich der Kriegsausbruch bereits zum zweiten Mal. Am Samstag, 24. Februar 2024, findet darum eine Solidaritätsdemo statt, die von den ukrainischen Vereinen in der Schweiz organisiert und auch von der SP Schweiz unterstützt wird. Wer nicht am Parteitag in Genf ist, ist herzlich eingeladen, sich um 14 Uhr auf der Schützenmatte beim Berner Bahnhof zu besammeln. An der anschliessenden Kundgebung auf dem Bundesplatz wird auch SP-Nationalrat Jon Pult sprechen.



Ja zu anständigen Renten, ja zur 13. AHV-Rente!

Damit ein Zoobesuch mit dem Enkel drin liegt: Ja zur 13. AHV-Rente!



Mattea Meyer, Nationalrätin und Co-Präsidentin SP Schweiz

Die Renten reichen für viele Menschen nicht mehr zum Leben, weil die Mieten, Krankenkassenprämien und Nahrungsmittelpreise steigen. Die Teuerung frisst eine ganze Monatsrente weg. Das können wir ändern: Mit einem Ja zur 13. AHV-Rente gleichen wir den Kaufkraftverlust der Rentner:innen aus.

In der Schweiz ist die AHV die soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts schlechthin. Dank der AHV müssen Menschen im Alter nicht mehr um ihre Existenz bangen. Die erwerbstätige und erwerbsfähige Bevölkerung wurde davon befreit, die Eltern im Alter durchbringen zu müssen. Das Sozialwerk hat diese Verantwortung solidarisch auf die Gesellschaft übertragen.

Die AHV genießt darum in weiten Teilen der Bevölkerung grosse Achtung. Ob Bäckerin, Lehrer, Pflegefachfrau, Bauer, Polizistin oder alleinerziehende Mutter: Ihnen allen, Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen, bietet die AHV die mit Abstand wichtigste, stabilste und kostengünstigste Altersrente. Aus-

serdem wird nur in der AHV die unbezahlte Betreuungsarbeit anerkannt, die immer noch hauptsächlich von Frauen geleistet wird. Gleichzeitig ist auf die Pensionskassenrente immer weniger Verlass: Sie sinkt ständig, trotz höherer Beiträge.

Eine Monatsrente fehlt

Trotz der enormen Bedeutung der AHV reicht die Rente für viele Menschen immer weniger weit. Alles wird teurer: Krankenkassenprämien steigen, Mieten explodieren, und Lebensmittel kosten mehr. Mit diesem Preisanstieg geht einem Rentnerpaar oder einer Einzelperson im Rentenalter eine ganze Monatsrente verloren. Ihre Kaufkraft schwindet massiv.

Für viele Rentner:innen bedeutet der Kaufkraftverlust, dass sie nach einem Leben voller Arbeit im Ruhestand Geldsorgen haben. Für manche liegen ein Ausflug mit Freund:innen oder der Zoobesuch mit dem Enkelkind nicht mehr drin. Das ist nicht nur menschlich schwer zu ertragen, sondern auch volkswirtschaftlich Unsinn. Der Kaufkraftverlust der Pensionierten gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand.

Mit der 13. AHV-Rente können wir den Kaufkraftverlust schnell und wirkungsvoll ausgleichen. Wer ein Leben lang gearbeitet und in die Altersvorsorge einbezahlt hat, verdient eine anständige Rente. Deshalb soll allen heutigen und künftigen Rentner:innen eine 13. AHV-Rente ausbezahlt werden.

Es ist Zeit, etwas für die Mehrheit der Menschen in diesem Land zu tun!

Was du über die 13. AHV-Rente wissen musst

Weshalb bekommen nicht nur Rentner:innen mit sehr tiefen AHV-Renten eine 13. AHV-Rente?

In den letzten Jahren haben steigende Preise und immer höhere Krankenkassenprämien eine ganze Monatsrente weggefressen. Das trifft insbesondere auch den Mittelstand. Darum ist es wichtig, dass die 13. AHV-Rente allen zugutekommt und nicht nur den tiefsten Einkommensgruppen.

Warum erhalten auch vermögende Rentner:innen eine 13. AHV-Rente?

In der AHV erhält niemand mehr als die Maximalrente. Sie beträgt heute 2450 Franken pro Monat. Doch alle bezahlen auf ihren gesamten Lohn AHV-Beiträge. Selbst Millionenlöhne und -boni sind AHV-pflichtig. Dadurch zahlen Topverdienende viel mehr ein, als sie je an AHV-Rente bekommen.

Fallen mit der 13. AHV-Rente die Ergänzungsleistungen weg?

Die Ergänzungsleistungen werden nicht angetastet, die 13. AHV-Rente wird zusätzlich ausbezahlt.

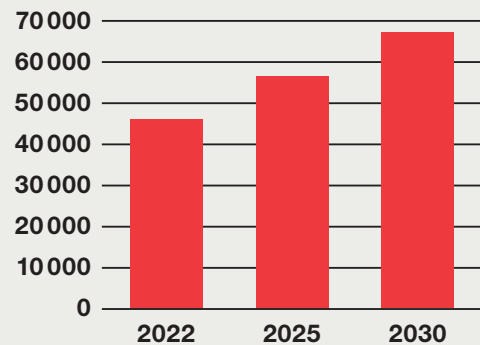
Warum heisst es immer wieder, die AHV sei am Ende?

Versicherungen und Banken verdienen mit der AHV kein Geld. Die AHV ist effizient organisiert und hat tiefe Verwaltungskosten. Private Vorsorgelösungen sind hingegen ein lukratives Geschäft. Die Finanzindustrie kassiert jedes Jahr Verwaltunggebühren in Milliardenhöhe. Deshalb haben die Versicherungslobby und ihre Handlanger im Parlament ein Interesse an einer schwachen AHV.

KÖNNEN WIR UNS DAS LEISTEN?

Die Angstszenerien der vergangenen Jahrzehnte haben sich nicht bewahrheitet: Die AHV-Reserven steigen auf Rekordhöhe. Gemäss aktuellen Finanzperspektiven wird die AHV im Jahr 2026 einen Überschuss von 3,5 Milliarden Franken schreiben, die Reserven des Sozialwerks werden zum Ende des Jahrzehnts auf 70 Milliarden Franken ansteigen. Hinzu kommt: Für die Corona-Kredite oder die Credit Suisse war man bereit, im Handumdrehen Milliarden auszugeben. Wenn es jetzt darum geht, den Kaufkraftverlust der Rentner:innen auszugleichen, soll aber plötzlich kein Geld mehr da sein. Das ist Heuchelei. Fazit: Die Kosten sind tragbar.

Vermögen der AHV bald bei 70 Milliarden



Quelle: AHV-Finanzperspektiven des Bundes



ALLES ÜBER UNSER RENTENSYSTEM

Die parteiinterne Bildung der SP Schweiz hat mit Blick auf die Abstimmung zur 13. AHV-Rente einen Film gedreht, worin Ständerätin Flavia Wasserfallen von Grund auf erklärt, wie unser Rentensystem funktioniert. Das Video richtet sich an alle, die schon immer wissen wollten, warum für die meisten Menschen in der Schweiz die AHV die wichtigste Stütze im Alter ist und weshalb die Pensionskassenrenten ständig sinken.

Hintergrund-Informationen für alle finden sich im Youtube-Channel der SP oder direkt hier



Möchtest du mit Co-Parteipräsidentin Mattea Meyer oder mit Co-Fraktionspräsidentin Samira Marti die Vorlage direkt diskutieren? Du bist herzlich eingeladen:

- Mit **Mattea Meyer** in Zürich, am **12. Februar** im Volkshaus
- Mit **Samira Marti** in Basel, am **14. Februar** im Wohnzimmer in der Markthalle.

Türöffnung ist jeweils um 18.30 Uhr, Start um 19 Uhr.



OH AHV, OH AHV ...

Die AHV bewegt uns alle. Der Berner Chor «linksdrall» hat zusammen mit Kabarettist Hans Fässler der AHV einen bewegten und bewegenden Songtext gedichtet, der auf den Punkt bringt, weshalb es die 13. AHV-Rente braucht.

«Oh AHV, oh AHV!
Du hilfst im Alter Mann und Frau
Du hilfst auch queer und hilfst auch trans
Du hilfst der Zlatka und dem Hans
Oh AHV, oh AHV!
Du hilfst von Genf bis Prattigau ...»



Danke Hans, danke dem Chor «linksdrall»!

Zum
Miträllern

Nein zu Rentenalter 67

Frühpension für Topverdienende, während alle anderen noch länger arbeiten müssen? Nein zur automatischen Erhöhung des Rentenalters.

Die junge FDP will mit ihrer sogenannten Renteninitiative das Rentenalter in einem ersten Schritt auf 66 Jahre erhöhen und es anschliessend an die durchschnittliche Lebenserwartung koppeln. Damit wären die Türen für Rentenalter 67+ geöffnet. Damit müssten Angestellte mit tiefen und mittleren Einkommen noch länger arbeiten, während sich Topverdienende weiterhin früher pensionieren lassen könnten.

Höheres Rentenalter trifft vor allem tiefe und mittlere Einkommen

Wer es sich leisten kann, geht schon heute früher in Rente. Wenn das Rentenalter steigt, müssen beispielsweise Detailhandlungsangestellte und Pflegefachpersonen noch länger arbeiten, während sich Investmentbanker und Professorinnen eine Frühpensionierung leisten können.

Das ist doppelt ungerecht, denn die Lebenserwartung von Menschen mit tiefem Einkommen ist geringer. Die Initiative trifft also diejenigen am stärksten, die kürzer im Ruhestand und tendenziell bei schlechterer Gesundheit sind.

Spiessrutenlauf: Stellensuche für ü60

Bereits heute scheiden viele Menschen ab 55 aus dem Arbeitsleben aus, weil sie nicht mehr arbeiten können oder keine Stelle mehr finden. Ein Jahr vor dem aktuellen Rentenalter arbeitet nur noch die Hälfte aller Männer und Frauen. Auf dem Arbeitsmarkt sind ihre Perspektiven schlecht, weil nur wenige Arbeitgeber:innen älteren Arbeitssuchenden eine Chance geben. Die Erhöhung des Rentenalters wird mehr Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit oder in die Sozialhilfe treiben und damit den Bedarf an zusätzlicher Unterstützung erhöhen.

Die SP wehrt sich gegen ein Rentensystem, in dem sich Topverdienende frühpensionieren lassen können und alle anderen bis zur Erschöpfung arbeiten müssen. Darum empfiehlt die SP Schweiz klar ein Nein zur Renteninitiative der jungen FDP. Alle Menschen haben es verdient, in Würde alt werden und den Lebensabend geniessen zu können.

AUF EINEN BLICK

- Nein zur automatischen Erhöhung des Rentenalters! Die Initiative der jungen FDP verlangt eine Erhöhung auf 66 Jahre und eine Koppelung an die Lebenserwartung, sprich: Rentenalter 67+.
- Wird das Rentenalter erhöht, können sich Topverdienende weiterhin die Frühpension leisten, während beispielsweise Detailhandlungsangestellte und Pflegefachpersonen noch länger arbeiten müssen. Nein zu Rentenalter 67+!



Besser die Arm

Am Parteitag vom 24. Februar diskutieren die Delegierten über das neue SP-Positionspapier zur Bekämpfung von Armut in der Schweiz. Welche Massnahmen sollen ergriffen werden? Wir reden lieber mit den Menschen als über sie – und haben uns darum vor der Restessbar in Grenchen umgehört. Pia Wildberger

Ortstermin in Grenchen: Bei eisigen Temperaturen drängen sich an diesem dunklen Januarabend Dutzende vor dem Absperrband zum Kino Palace. Viele kennen sich, alle haben Taschen mitgebracht – jeden Montag um 18.45 Uhr verteilt das Team vom Verein Restessbar gratis gerettete Lebensmittel von Grossverteilern. Die ersten sind schon seit einer Stunde da, obwohl das Los bestimmt, in welcher Reihenfolge die Menschen Einlass bekommen. Drinnen im Kinoeingang stapeln die Helfer:innen Kisten mit Broccoli, Brot, Joghurt und Salat auf den Klapptischen. Was darf es sein?

Pia C. hätte gerne Rüeblli, Romanesco und Äpfel. Die einwandfreie Ware verschwindet in der Tasche der Rentnerin mit der weiss wattierten Jacke. Weshalb kommt sie her? «Ich habe nur die AHV und Ergänzungsleistungen.» Damit kommt die Witwe nach einem arbeitsreichen Leben nur sehr knapp über die Runden. «Ich habe zwei Kinder aufgezogen und in Heimarbeit stundenweise in der Uhrenindustrie gearbeitet.» Für eine zweite Säule reichte es

nie. Sie weiss, was zu tun wäre: «Man müsste auch bei tiefen Pensen in die Pensionskasse einzahlen können. Während der stundenweisen Arbeit habe ich auch hundert Prozent gearbeitet.»

Leben am Minimum

Die Statistik des Bundes spricht eine deutliche Sprache. Pia C. hatte nicht einfach Pech im Leben, und sie ist auch kein Einzelfall. Fast jede fünfte Rentnerin und jeder achte Rentner in der Schweiz lebt in Armut. Ausländer:innen sind stärker betroffen. In dieser Bevölkerungsgruppe gilt jede:r vierte Rentner:in als arm.

Vor dem Kino Palace hören derweil einige in der Runde zu und nicken. Braucht es Überwindung, sich bei der Restessbar in die Schlange zu stellen? «Zuerst kam es mir wie Almosen vor und machte mir grosse Mühe», sagt Cécile K., alleinerziehende Mutter einer 16-jährigen Tochter. «Aber hier wird niemand verurteilt. Ich habe das Recht, hier zu sein.»



Monika Flückiger

CINEMA 4me
PLACE DE BIEL 18 · 8100 GRENCHEN

TRAINING.CH

Rede
Gen

ut als die Armen bekämpfen

Die Sozialhilfequote in der Schweiz ist über die letzten 20 Jahre stabil geblieben und schwankt zwischen 2,9 und 3,3 Prozent. Geschiedene, Alleinerziehende und Ausländer:innen sind häufiger auf Sozialhilfe angewiesen. Doch vier von zehn Menschen, die Anspruch hätten, beziehen die Sozialhilfe nicht, sei es aus Scham oder aus anderen Gründen.

Darf's ä chli meh si?

Die Menschen, die vor dem Kino in Grenchen ausharren, schämen sich nicht. Keine zehn Minuten nach Türöffnung sind die Taschen der Leute auf dem Trottoir halbvoll und die Tische im Kinofoyer halbleer. Die Leute greifen ein zweites Mal zu – Salat, Kartoffeln, etwas Süsses von gestern vom Beck. «Wer möchte noch Salat? Artischocken?»

ruft ein Helfer in die Menge, und die Taschen öffnen sich. Dann räumen die Helfer:innen drinnen die Tische weg und verstauen die Kisten, die in der drauffolgenden Woche wieder zum Einsatz kommen. Wie immer: Nichts bleibt übrig.

Allein im letzten Jahr hat der Verein Restessbar Grenchen 2750 Kilogramm Lebensmittel gerettet und abgegeben. Jeden Montag stehen 30 bis 60 Menschen vor dem Kino Palace für Grundnahrungsmittel Schlange.

Wahrscheinlichkeit für Sozialhilfe:

19 Prozent

Nicht alle, aber einige von ihnen zählen zu den rund 265 000 Menschen oder 3,1 Prozent der Bevölkerung, die Sozialhilfe beziehen. Davon sind knapp 80 000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Diese Altersgruppe ist

am meisten von Armut betroffen. Werden alle eingerechnet, die AHV- oder IV-Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung oder Wohn- und Familienbeihilfen beziehen, sind 9,3 Prozent der Bevölkerung arm. Die Caritas rechnet mit 745 000 Betroffenen und 1,25 Millionen armutsgefährdeten Personen in der Schweiz. Das Bundesamt für Sozialversicherung beziffert die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person einmal im Leben auf Sozialhilfe angewiesen ist, mit 19 Prozent.

Armut kann alle treffen. Leute wie Pia C. und Cécile K. können ein Lied davon singen. Als sich um 19.15 Uhr die Menge vor dem Kino Palace auflöst, freut sich Pia. C. Zum einen über die Lebensmittel, die das Portemonnaie entlasten. Zum anderen: «Jetzt gönnen wir uns einen Kaffee. Wir sitzen ja sonst immer zuhause und kommen nie raus.»

VISION: ARMUT BIS 2030 BEENDEN

Weshalb gibt es in der Schweiz immer noch Armut? Was lässt sich dagegen tun? Die SP Schweiz beschäftigt sich im neusten Positionspapier «Armut statt Armutsbetroffene bekämpfen» eingehend mit den Ursachen von Armut und den Massnahmen, mit denen sich Armut wirkungsvoll bekämpfen lässt. Das Papier untermauert unsere Forderungen nach Chancengleichheit, bezahlbaren Kita-Plätzen und höheren Löhnen. Zur Finanzierung der Massnahmen bringt die SP Schweiz die gerechtere Verteilung der Vermögen durch die Einführung einer Erbschaftssteuer ins Spiel.

Diskutierst du mit? Nimm am Parteitag teil – die Anmeldefrist läuft noch bis am 2. Februar 2024.



DIE RESTESSBAR IN GRENCHEN

Seit drei Jahren holen die Freiwilligen der Restessbar Grenchen jeweils am Montagvormittag bei Grossverteilern, Bäckereien und Gemüsehändlern einwandfreie Lebensmittel ab, die sonst entsorgt würden. Die Freiwilligen retteten so allein im letzten Jahr 2750 Kilogramm Lebensmittel. Oberstes Ziel der Restessbar ist die Vermeidung von Food-Waste. Alle sind als Kund:innen willkommen. «Wir könnten mehrmals wöchentlich Lebensmittel abgeben, der Bedarf wäre vorhanden», ist die Grenchner SP-Gemeinderätin Angela Kummer überzeugt. Sie hat die Initiative zusammen mit der heutigen SP-Nationalrätin Farah Romy und der Präsidentin der Ortspartei der Grünen ins Leben gerufen. Du möchtest in deiner Gemeinde selbst eine Restessbar gründen? Unter restessbar.ch findest du weiterführende Informationen.



Existenzangst wegen Abbau bei Witwenrenten

Eben ist das Frauenrentenalter auf 65 Jahre erhöht worden, und schon folgt der nächste Abbau bei der AHV. Der Bundesrat will bei den Witwenrenten 800 Millionen Franken sparen. Witwen ohne Kinder im Alter von bis zu 25 Jahren sollen künftig keine Witwenrente mehr erhalten. Einzig die Betreuung von erwachsenen Kindern mit einer Behinderung soll noch zu einer Rente berechtigen. Die geplanten Übergangsfristen sind mit zwei Jahren sehr kurz. Nur Personen über 55 Jahre sollen den Besitzstand wahren können. Die Vernehmlassung für diese erschreckenden und beschämenden Vorschläge läuft bis Ende März.

Der Hintergrund: Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte 2022 in einem wichtigen Urteil die Ungleichbehandlung von Witwern und Witwen gerügt. Die Schweiz muss darum diese Diskriminierung beseitigen. Vorerst richtet sie Witwern mit Kindern eine Hinterlassenenrente aus. Doch anstatt die Witwer langfristig besserzustellen, plant sie Verschlechterungen für alle verwitweten Personen.

Mich erreichen zahlreiche sehr persönliche und berührende Schreiben von Witwen und jungen Erwachsenen, die einen Elternteil verloren haben. Die massiven Abbaupläne lösen Existenzängste aus. Auch solidarische Männer und Frauen sind empört. Denn die Witwenrente gewährleistet in einer sehr schwierigen Lebenssituation wenigstens eine gewisse finanzielle Sicherheit. Künftig soll die Rente bloss noch ausgerichtet werden, solange die Kinder in Ausbildung sind. Frauen ab 50 finden heute jedoch kaum eine existenzsichernde Arbeitsstelle, nachdem sie Erziehung und Alltag alleine meistern mussten und oft durch fehlende oder zu teure Kitaplätze in ihrer Erwerbstätigkeit eingeschränkt waren.

In einem reichen Land wie der Schweiz ist ein derart krasser Abbau der sozialen Sicherheit doppelt stossend. Wer den:die Ehepartner:in oder einen Elternteil verliert, soll zumindest ohne Existenznöte leben können. Wir werden alles daransetzen, diesen Abbau zu verhindern.

Barbara Cysi, Nationalrätin SG,
Präsidentin Sozial- und Gesundheitskommission



Der Wolf, das staatspolitische Tier

Selten hat ein Tier die Schweizer Politik und Gesellschaft so polarisiert wie der Wolf. Die Angst sitzt bei manchen tief. Dank der Forschung wissen wir heute jedoch viel über das Raubtier, seine Rudelstruktur und das Jagdverhalten. Es ist darum höchste Zeit, wissenschaftlich fundierte Entscheide zu treffen. Cécile Heim

In der SRF-Sendung «Der Club» von Anfang Dezember ging es hoch zu und her: Mit-Nationalrat Martin Candinas (GR) und Georges Schnydrig, Präsident des Vereins «Lebensraum Wallis ohne Grossraubtiere», beklagten wortreich die grosse Angst der Bergbevölkerung vor dem Wolf. Klar ist: Die heftigen Reaktionen lassen sich nicht einfach mit Verweis auf die Mythologie abtun. Wolfsrisse stellen für Weidetiere und Bäuer:innen grosses Leid dar, auch wenn sie entschädigt werden. Die Alpwirtschaft ist mit dem Wolf komplizierter geworden. Dies sollte in die politische und rechtliche Regulierung des Wolfsbestandes einfließen.

Märchen und Emotionen sind jedoch eine schlechte Grundlage für politische Entscheide. Die Jagdverordnung, die seit dem 1. Dezember 2023 in Kraft ist und von Bundesrat Rösti auf staatspolitisch äusserst problematische Weise durchgeboxt wurde, lässt sich nur als rein emotionale Reaktion erklären. Oder sonst mit dem Stimmenfang für die eigene Partei und Klientel – obwohl man von einem Bundesrat erwarten dürfte, dass er sachlich entscheidet, das geltende Recht respektiert und sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt.

Diese Erkenntnisse sind eindeutig. Der Wolf übt einen positiven Einfluss auf das ganze Ökosystem aus. Der Mindestbestand von zwölf Rudeln, wie er in der neuen Jagdverordnung festgelegt wurde, ist willkürlich und dürfte wegen der Zerstörung der Rudelstruktur sogar eher mehr Risse zur Folge haben. Zudem funktioniert der Herdenschutz gut.

Der Wolf reguliert nicht nur den Reh- und Hirschbestand, sondern fördert auch die Verjüngung des Waldes, stabilisiert dadurch Flussläufe und schafft so Lebensräume für Amphibien, Reptilien und Fische. Besonders junge Weisstannen sind ohne Wolf stark gefährdet, weil Rehe und Hirsche sich gern an ihnen gütlich tun. Diese Tanne ist wichtig für den Schweizer Wald, weil sie hitze- und klimaresistent ist und mit ihren tiefen Wurzeln erheblich zum Schutz vor Lawinen und Erdbeben beiträgt. Der Wolf leistet viel für unsere Lebensräume und die Biodiversität.

Zeit für neue Wege

Es ist höchste Zeit, dass wir die Angst vor diesem intelligenten und sozial organisierten Tier verlieren und ihm endlich den Platz einräumen, der es ihm erlaubt, seine entscheidende Rolle im Ökosystem wahrzunehmen. Wie Jean-Michel Bertrand in seinem eindrücklichen Film «Vivre avec les loups» (Leben mit den Wölfen) sagt: «Die Wölfe sind ein ausgezeichnete Massstab dafür, inwiefern wir Menschen fähig sind, die Natur zu akzeptieren.» Die Wölfe brauchen keine menschliche Regulierung, sie regulieren sich selbst. Aus diesem Grund sollte man die Ressourcen, die man in die Wolfsjagd investiert, in den Herdenschutz stecken und die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land verstärken. Etwa durch die Förderung von Freiwilligen, die sich in Organisationen wie jener zum Schutz der Weidegebiete in den Schweizer Alpen (OPPAL) engagieren.

Mustafa: Ein Gewinn für die Basler Regierung



Lisa Mathys, Präsidentin der Kantonalpartei

Mit 23 Jahren beschloss ein junger Mann nach seinem Abschluss als Industrieingenieur an der Universität Ankara, aus der Türkei in die Schweiz zu kommen, um in Basel zu studieren. Er ist geblieben, machte Basel zu seiner Heimat, schloss mit dem Master an der Uni Basel ab, gründete eine Familie und ein Gastrounernehmen und legte eine politische Karriere hin – bis in den Nationalrat. Sein Deutsch ist nicht perfekt, aber es hat für ein Studium und die äusserst anspruchsvolle Arbeit im Nationalrat gereicht. Mustafa Atici ist ein Pionier und heute einer der bekanntesten und erfahrensten Politiker unseres Kantons. Er führt sein Unternehmen, berät andere Unternehmer:innen und ist seit 2008 Mitglied des Basler Gewerbeverbandes.

Die Themen und der «Mustafa-Stil»

Mustafas bisherige Schwerpunkte waren die Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik und die Finanzen und natürlich Migrationspolitik.

Unterstütze jetzt die Kampagne von Mustafa

- Schreibe Postkarten
- Hänge ein Plakat auf
- Spende



Besonderes Herzblut steckt er seit 20 Jahren in die Bildungspolitik, ganz besonders die Berufsbildung. Denn Mustafa Atici weiss: Eine solide Berufsausbildung ist für Jugendliche eine optimale Basis für das ganze Leben. Wichtig sind Mustafa auch alle Fragen der Integration und Diversität – sei es in der Kultur, im Berufsleben oder in den Schulen.

Ein Regierungsrat muss für jedes Departement bereit sein und sich mit allen politischen Themen beschäftigen. Entscheidend sind bei dieser Aufgabe der Stil, die Haltung, die Persönlichkeit. Mustafa pflegt eine grosse Nähe zu den Menschen. Im Joggeli-Stadion, im Quartier, in den Vereinen, im Tram ist er im Gespräch mit den Leuten. Er stellt Fragen, er hört zu, weiss Bescheid über die grossen Themen und kleinen Sorgen, er kennt unseren Alltag, auch die harten Realitäten. So kann er sich gut vorstellen, als Regierungsrat zum Beispiel Quartiersprechstunden «Mustafa hört zu» einzuführen.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, Gräben zuschütten

Mustafa zielt immer darauf ab, die Menschen zusammenzubringen. Den potenziellen Lehrling mit dem Lehrbetrieb. Die Mutter mit der Kita-Verantwortlichen. Den Vater, der sich Sorgen um seinen Sohn macht, mit den Behörden. Den Gewerbler mit dem Gewerbeinspektorat. Nur im persönlichen Gespräch entstehen Lösungen. Das will er auch im Regierungsrat und im Regierungspräsidium so machen. Sein Ansatz: Politik zu machen, die den Bedürfnissen aller Basler:innen entspricht, Gräben zuschütten, das Gemeinsame betonen, mit Wertschät-

zung und Respekt diskutieren und gemeinsame Lösungen suchen.

Liefern, vorankommen, Leuchtturm sein

Er diskutiert nicht nur, Mustafa fällt auch klare Entscheidungen. Als Unternehmer macht er das jeden Tag. Nach dem Zuhören und Verhandeln muss entschieden werden. Eine Kantonsregierung muss liefern. Das erwartet die Bevölkerung zu Recht. Dafür ist Mustafa bereit. Ob in der Forschung, der Klimapolitik oder bei der Integration, Basel soll Pionier bleiben, der Bevölkerung soll es gut gehen, der Boden für einen erfolgreichen Kanton von morgen wird heute gelegt. Dafür arbeitet unser Mustafa Atici seit über 20 Jahren in der SP. Wir wünschen uns noch mehr Mustafa für Basel. Unser gemeinsames Ziel für den 3. März 2024 heisst darum: Regierungsrat und Regierungspräsident Mustafa Atici!

MUSTAFA ATICI

Geboren 1969, verheiratet mit Cennet, 2 Söhne (18 und 22), wohnt in Basel

- Dipl. Industrieingenieur Universität Ankara, Master of European Studies Universität Basel
- Chef Gastrounernehmen (Catering Joggeli-Stadion und mehr), erfolgreicher Unternehmer und erfahrene Führungspersönlichkeit
- 14 Jahre Grosse Rat und Mitglied Finanzkommission, 4 Jahre Nationalrat und Mitglied Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur



Mustafa Atici packt an, im Stadion, in der Politik – und wenn es darum geht, Menschen in seinem Umfeld zu unterstützen.



Die bisherigen SP-Regierungsmitglieder Kaspar Sutter und Tanja Soland freuen sich über die Kandidatur von Mustafa an der Delegiertenversammlung vom 20. Dezember.

Alt-Nationalrat Dr. Paul Günter ist verstorben

Am 10. Januar 2024 verstarb Paul Günter nach längerer Krankheit im Alter von 80 Jahren.

Mit Paul Günter verliert die SP-Familie eine sehr engagierte Persönlichkeit. Seine Fähigkeiten setzte er immer wieder für das Wohlergehen und verbesserte Lebensbedingungen für die Menschen in der Schweiz, aber auch bei Projekten im Ausland ein. Sein grosses Engagement in der Politik ist einzigartig und sehr verdankenswert. So war er von 1972 bis 1979 Grossrat des Kantons Bern und ab 1979 Nationalrat. Im Parlament kämpfte Paul Günter für verschiedene Anliegen in unterschiedlichen Bereichen. Einerseits konnte er als Chefarzt sein immenses Fachwissen und sein grosses Netzwerk in erfolgreichen Vorstössen im Gesundheitswesen einbringen. So gelang es ihm zum Beispiel, im Heilmittelge-

setz mittels seines Vorstosses die Medikamentensicherheit bei den Spitälern zu erhöhen oder die Patientensicherheit bei medizinischen Kunstfehlern zu verbessern.

Aber auch die Erhöhung der Unterstützung für das IKRK und für das Katastrophenhilfekorps SKH kam dank seinem Vorstoss zu Stande. Auch aufgrund der persönlichen Betroffenheit durch seine Tochter Franziska setzte er sich für Menschen mit Behinderungen ein. Paul Günter war auch Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates, wo er sich für den Stopp des Exports von Kriegsmaterial oder für die Revision des Waffengesetzes engagierte.

Die SP Kanton Bern wünscht der Familie viel Kraft in dieser schweren Zeit und spricht ihr unser tiefstes Beileid aus.



Alles wird teurer, Hohn gibt's gratis

Es ist 22.13 Uhr, noch ein ganzer Tag bis Redaktionsschluss. Die Kinder schlafen und sind – Houzalänge! – gesund. Notabene in einer Jahreszeit, in der krankheitsbedingte Alltags-Kollapse zum familiären Lebensgefühl gehören. Der Vater in mir atmet auf, der Sektionspräsident ebenfalls. Der Gemeinderat ist komplett, die SP-Kandidatin gewählt. Dafür treibt mich ein rüstig-redseliger Rentner um, den ich so gerne ignorieren würde.

Ich meine den privilegiert-provokativen Pensionär, der zu Genügsamkeit und Mässigung mahnt: «Natürlich wäre es schön, eine 13. AHV-Rente zu bekommen», tönte er, wobei er gerne auch «eine vierzehnte und eine fünfzehnte» nähme. Bei Renten sage er eigentlich nie nein, auch nicht rückwirkend. Schliesslich treffe die Teuerung ihn, quasi den allerobersten Mittelstand, besonders hart. Bei der kleinen Rentnerin mache das ein paar Fränkli aus, bei ihm schmelzen inflationär Millionen weg. Aber man dürfe nicht gierig sein, Kaufkraftverlust hin oder her. Und überhaupt, wenn die Leute kein Brot hätten, sollen sie halt eine Banane (20 Rappen) essen, sich mal von einem Anker

Rote Feder



aus der Privatsammlung trennen oder einen Wolf schiessen (dazu passt Röstli). Abnehmen würde den meisten sowieso guttun.

Das bis und mit Rente Nr. 15 hat er wirklich gesagt. Den Rest wohl gedacht. How dare you? Viele schlafen schlecht, weil alles teurer wird: Krankenkasse, Strom, Einkauf. Mit dem Hohn eines Entrückten können sie sich nichts kaufen. Seine Redezeit sei abgelaufen, verkündete dieser, seine Version des Schacher Seppli intonierend. Hoffen wir's. Damit ich nie mehr über ihn schreiben muss. Ich liege im Bett, im Ohr das verhunzte Volkslied – «Be frühner s flöttischt Bürschtli gsi, jetzt bin i...» – und schlafe ein, bevor ich unanständig werde.

Stefan Krattiger, SP Aegerten



Mit der Kraft von 2023 ins neue Jahr

2023 konnte die SP im Kanton Luzern mit Wahlerfolgen die Früchte ihrer Arbeit ernten. Zunächst kehrten wir mit Ylfete Fanaj in den Regierungsrat zurück, nach einem professionellen Personalfindungsprozess, einer fairen Ausmarchung und einem starken Wahlkampf. Das war nur der Anfang.

Auf den Listen des Kantonsrats traten wir mit einem breiten Kandidat:innenfeld an. Als erste Partei überhaupt in allen Wahlkreisen mit vollen Listen. So konnten wir im Frühling unsere rekordhohe Sitzzahl von 2019 verteidigen. Auch im Herbst geschah Historisches: Gut 100 Jahre nach dem Gewinn des ersten Sitzes im Nationalrat – 1922 mit Josef Weibel – konnten wir einen zweiten Sitz erobern und entsenden nun David Roth und Hasan Candan



Sebastian Dissler,
Parteisekretär,
SP Kanton Luzern

«Als erste Partei überhaupt traten wir in allen Wahlkreisen mit vollen Listen an.»

nach Bern. Dank neuen starken Kandidat:innen aus dem ganzen Kanton, hervorragenden Unterlisten und der intensiv geführten Basis Kampagne ist uns dieser Exploit gelungen.

Insgesamt konnten wir in der vergangenen Legislatur 2019–2023 unsere Partei weiterentwickeln und unsere politische Basis stärken. Die Mitgliederzahl ist nochmals um einen Drittel gewachsen. In Sempach, Geuensee, Nottwil und im Michelsamt sind neue Sektionen hinzugekommen, ebenso die Untergruppe SP queer. Mit dem Sektionsprojekt wurden bestehende Ortsgruppen gestärkt oder wiederbelebt.

Nun ist es entscheidend, dass wir uns nicht auf den Erfolgen ausru-

hen, sondern uns mit der gleichen Kraft weiter engagieren. An unserem Parteitag vom 9. März 2024 in Kriens – unser Gast wird Matteo Meyer sein – stellen wir mit der «Agenda 2027» die Weichen für die kommenden vier Jahre und legen den Kurs fest, wohin unsere Partei will.

Bereits im April werden kantonsweit die Gemeindeparlamente sowie Gemeinde- und Stadträte neu bestellt. Danke für euren Einsatz auf allen Ebenen!

«Nun ist es entscheidend, dass wir uns nicht auf den Erfolgen ausruhen, sondern uns mit der gleichen Kraft weiter engagieren.»

Merci für alles, Hans!



David Stampfli,
Parteisekretär

Ein Bahnhof in der Agglomeration. Es ist sechs Uhr morgens und bitter kalt. Ich warte mit einigen Mitgliedern der lokalen SP-Sektion. Wo bleibt er nur? Hat er es vergessen? Nein, da kommt er schon! Ohne Mantel, in der einen Hand ein Plakat, in der anderen seine Postkarten. Aus der Jackettasche gucken ein paar Bleistifte hervor. Kaum sind alle begrüsst, stürzt er sich schon auf die ersten verschlafenen Pendler:innen und erinnert sie an die bevorstehenden Ständeratswahlen.

Hans ist der geborene Wahlkämpfer. Neben all den anderen Wahlen – für den Bieler Stadt- und Gemeinderat sowie das Stadtpräsidium, den Grossen Rat und den Nationalrat – trat Hans dreimal für die SP Kanton Bern zu Ständeratswahlen an. Und jedes Mal gewann er. Wahlkampf macht Hans Freude. Man spürt es förmlich, wie er den Austausch mit den Menschen liebt, wenn er an Bahnhöfen und auf Marktplätzen steht.

2011 waren wir in einer schwierigen Situation. Nach der Wahl von Simonetta Som-

maruga in den Bundesrat hatte die SP Kanton Bern ihren Ständeratssitz in einer Ersatzwahl an die SVP verloren. Die doppelte bürgerliche Standesstimme war wieder Realität. Für die regulären Erneuerungswahlen schickten wir deshalb mit Hans Stöckli eine sehr erfahrene Persönlichkeit ins Rennen. Und Hans zwang den SVPLer Adrian Amstutz prompt in einen zweiten Wahlgang, wo er ihm den Sitz wieder wegschnappte. Damit zog Hans ins Stöckli ein – und ein Slogan war geboren.

Hans liebt seine Heimat. Selbstverständlich seine Stadt Biel. Aber auch den ganzen Kanton Bern. Gerne präsentierte er diesen und setzte sich deshalb stark für den Tourismus ein. Der absolute Höhepunkt war natürlich die Landesausstellung im Drei-Seen-Land. Dass er bei der Olympia-Kandidatur etwas weniger erfolgreich war, störte die meisten Genoss:innen nicht so sehr. Gleichzeitig setzte sich Hans auch vehement dafür ein, Errungenschaften wie die Demokratie, den Rechtsstaat und die Zweisprachigkeit zu erhalten und weiter auszubauen.

2015 wollte die SVP den Ständeratssitz unbedingt wieder zurückholen. Sie schickte deshalb mit ihrem nationalen Parteipräsidenten und heutigen Bundesrat Albert Rösti ihr bestes Pferd ins Rennen. Hans liess sich aber nicht beeindrucken und verwies Rösti so klar auf die Plätze, dass dieser nach dem ersten Wahlgang schon die Segel strich. Dass Hans dennoch in einen zweiten Wahlgang

musste, lag nur am sehr hohen absoluten Mehr und einem etwas sturen parteilosen Exoten.

Hans ist die Gesundheitspolitik besonders wichtig. Und hier gelang ihm auch einer seiner grössten Erfolge. Mit «Kinder ohne Tabak» gewann er als einer von ganz wenigen eine Initiative in der Volksabstimmung. Beim Rauchen vollzog Hans selber einen Wandel und verzichtete fortan auf seine geliebten Zigarren. Und auch sonst achtet Hans auf seine Gesundheit, macht täglich seine zehn Liegestütze und nimmt jedes Jahr am Bieler 100-Kilometer-Lauf teil.

2019 wollten unsere grünen Bündnispartner entgegen unserer Abmachung ebenfalls in den zweiten Wahlgang gehen. Dadurch war die geteilte Standesstimme akut gefährdet. Gemeinsam mit Hans erlebte ich die turbulentesten Stunden seiner politischen Karriere. Aber Hans wäre nicht Hans, wenn er sich unterkriegen lassen würde. Er gab in seinem letzten Wahlkampf nochmals alles und riss die ganze Partei mit. Hans wurde mit dem besten Resultat wiedergewählt und anschliessend wie vorgesehen zum Präsidenten des Ständerats gekürt.

Nun ist Schluss nach zwölf Jahren im Stöckli. Dank Hans haben wir den Ständeratssitz erneut erkämpft und bis heute behalten. Im Namen der SP Kanton Bern sage ich deshalb: Herzlichen Dank für alles, lieber Hans!



Eine Konzern-Initiative für die öffentliche Hand

Bund, Kantone und Gemeinden geben jedes Jahr 40 Milliarden Franken im öffentlichen Beschaffungswesen aus – für Polizeihemden, Putzmittel oder Panzergranaten. Neu sind für die Auftragsvergabe Nachhaltigkeitskriterien entscheidend, nicht bloss der Preis. Welche Hebelwirkung dies entfaltet, erklärt Marc Steiner, Richter am Bundesverwaltungsgericht. Er äussert hier seine persönliche Meinung. Interview: Pia Wildberger

Marc, was bedeutet Nachhaltigkeit in Bezug auf das öffentliche Beschaffungswesen?

Marc Steiner: Nachhaltigkeit wird nach neuem Beschaffungsrecht so verstanden, wie der Begriff in der Bundesverfassung steht: Er hat eine ökonomische, eine ökologische und eine soziale Komponente. Zugleich setzt die Vergaberechtsreform eines der Uno-Ziele für nachhaltige Entwicklung um. Wir müssen unseren Konsum so gestalten, dass auch

künftige Generationen ihre Konsumbedürfnisse befriedigen können. Letzten Endes ist damit die planetare Systemstabilität gemeint.

Was ist daran neu?

Das Beschaffungsgesetz gilt seit 2021 auf Bundesebene, und der Kanton Zürich ist letzten Herbst der entsprechenden interkantonalen Vereinbarung beigetreten. Damit ist der «point of no return» erreicht. Das Gesetz hat eine über zwanzigjährige Vorgeschichte. Zuerst musste man die föderalen Widerstände überwinden und aufzeigen, dass einheitliche nationale Regeln auch für das Gewerbe Sinn machen. Früher war ein Schreiner für Aufträge der öffentlichen Hand im Umkreis von 100 Kilometern mit sieben verschiedenen Regularien konfrontiert. Einheitliche Regeln waren daher ein grosser Wurf. Man halte sich vor Augen: Es geht insgesamt um über 40 Milliarden Franken – ausgegeben von den Behörden auf allen Ebenen, den Energieversorgern, den Verkehrsbetrieben etc.

Entscheidend für die Vergabe ist für die Behörden der Preis, stimmt das?

Aus neoliberaler Sicht ist der möglichst intensive Preiswettbewerb das Hauptziel.

Obwohl das Parlament bereits früher die Qualität zum Thema gemacht hatte, bildete sich nach 1996 eine zu stark neoliberale Vergabekultur heraus. Der Preis wurde viel zu hoch, die Qualität und Langlebigkeit wurden viel zu wenig gewichtet. Das neue Recht setzt nun noch deutlicher auf mehr Qualität und macht damit einen Schritt in Richtung Vollkostenrechnung.

Was führte zum Umdenken?

Die Anbieter hatten von den falschen Preisreizen die Schnauze gestrichen voll. Wenn man als Staat zu billig einkauft, bevorzugt das die falsche Sorte Anbieter. Besonders in der Bauindustrie setzte sich die Idee durch, dass es im eigenen Interesse ist, wenn bei Vergabeentscheiden die Qualität höher gewichtet wird. Etliche Wirtschaftsverbände folgten der Bauindustrie und wehrten sich gegen die Economiesuisse, die im Rahmen der Vernehmlassung das übliche ordnungspolitische Blabla von sich gab. Im Parlament haben dann eine Reihe von Akteuren

Fortsetzung auf Seite 14

ZUR PERSON

Marc Steiner, 56, ist SP-Mitglied und seit 2007 Bundesverwaltungsrichter. Der Basler lebt in Bern und St. Gallen und publiziert zum Thema Vergaberecht und Nachhaltigkeit. Er bringt seine Haltung immer wieder an Fachtagungen und in Gremien ein, etwa vor dem Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments (2011), dem WTO-Symposium zur nachhaltigen Beschaffung (2017) oder am Climate Law and Governance Day in Dubai (COP28), aber auch parteiintern, beispielsweise an der SP-Kommunaltagung in Belp.

«Aus linker Sicht kommen da Weihnachten und Ostern zusammen – das hat Freude gemacht.»

Fortsetzung von Seite 13

bewirkt, dass sich die Verbände gegen den Dachverband Economiesuisse positionierten. Aus linker Sicht kommen da Weihnachten und Ostern zusammen – das hat Freude gemacht.

Was wurde denn beschlossen?

Nachhaltigkeit ist nun als Vergabekriterium und Gesetzesziel festgelegt worden – ökologisch, sozial und ökonomisch. Das Beschaffungsrecht wurde de facto zur Blaupause für eine anständige Globalisierung beziehungsweise zur Konzernverantwortung für die öffentliche Hand.

Was bedeuten die neuen Regeln konkret? Kannst du ein Beispiel machen?

Betroffen ist die ganze Lieferkette, beispielsweise bei der Beschaffung von Uniformen im Ausland. Mit dieser neuen Philosophie kann man nicht nur Kinder- und Zwangsarbeit ausschliessen, sondern auch über Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz oder Sicherheitsvorschriften sprechen. Man erhöht so die Standards in den globalen Lieferketten, was zu einer anständigeren Globalisierung führt. Schweizer Beamte lassen Audits durchführen oder reisen selbst vor Ort und vertrauen im Hochrisikobereich nicht mehr auf Selbstdeklarationen. Das erhöht den Druck auf die ganze Textilbranche. Was Armasuisse kann, kann auch Primark.

Inwiefern sind Kantone und Gemeinden betroffen?

Es geht um viel Geld. 80 Prozent des Beschaffungswesens entfällt auf Kantone und Gemeinden, rund 32 Milliarden Franken. Von WC-Papier über Putzmittel, von der IT zu den Kommunalfahrzeugen – Kleinvieh macht viel Mist. Jede Energiestadt Gold und jede Fair Trade Town verändert die Welt.

Wie sollen Gemeinden vorgehen?

Grosse Städte wie Zürich und Bern haben das öffentliche Beschaffungswesen im Griff. Kleinere Gemeinden haben da mehr Mühe. Mittelfristig werden sie nicht darum herkommen, vermehrt zusammenzuarbeiten. In vielen Dingen kooperieren sie bereits heute – in Zweckverbänden, bei Kläranlagen, in der Forstwirtschaft, in den Schulen. Für eine einzelne kleine Gemeinde ist es jedoch eine grosse Herausforderung, eine Beschaffungsstrategie auszuarbeiten und das neue Recht mit ganzheitlichem Blick anzuwenden. Hier sind auch die Kantone gefordert, die die Gemeinden unterstützen müssen.

Ehemaliger Sonde



Einmal ist das erste Mal, auch für Mitglieder des Parlaments. Wie ist es unserem neuen Ständerat Simon Stocker (Schaffhausen) und unserem neuen Nationalrat Islam Alijaj (Zürich) in der Wintersession ergangen? Beide geben kurz Einblick.

Islam Alijaj



Meine ersten Wochen als Nationalrat sind bereits Geschichte und ich schaue gespannt auf das neue Jahr. Die Zeit während meiner ersten Session war unglaublich aufregend für mich. Ein absolutes Highlight war es, als erster ehemaliger Sonderschüler die

Bundesrät:innen zu wählen. Der alltägliche Smalltalk im Bundeshaus ist für mich noch herausfordernd, da ich nicht so spontan wie andere bei Aperos aufkreuzen kann und diese Treffen für mich mit viel Aufwand und Organisation im Vorfeld verbunden sind. Auch Französisch stellt für mich noch eine Sprachbarriere beim Smalltalken dar, aber daran will ich im neuen Jahr arbeiten. Mir ist es in der Wintersession dennoch gelungen, in Bundesbern viele überparteiliche Kontakte zu knüpfen, was eines meiner Ziele war.

Die Zeit während der Session war aber auch sehr intensiv. Über die Festtage konnte ich die vielen neuen Eindrücke verarbeiten und bin nun bereit, im neuen Jahr Tatsachen zu schaffen. Gerne gebe ich euch einen kleinen Ausblick, was für das neue Jahr ansteht und mich in meiner neuen Rolle als Nationalrat beschäftigen wird.

rschüler wählt Bundesrat



alle Bilder: Parlamentsdienste, 3003 Bern

Als Erstes habe ich für den barrierefreien öffentlichen Verkehr eine Motion eingereicht. Denn klar ist: Trotz 20-jähriger Frist haben die Verkehrsbetriebe und allen voran die SBB versagt. Der ÖV ist leider bis heute nicht barrierefrei. Ändern können wir das auf die Schnelle nicht. Deshalb fordere ich nun, dass der ÖV für Menschen mit Behinderungen so lange kostenlos sein soll, bis dieser gesetzeswidrige Zustand endlich aufgehoben ist.

«Ich werde meinen Schwerpunkt auf die politische Bildung, die Digitalisierung und Frühförderung legen.»

Islam Alijaj

Die Sammelfrist für die Inklusionsinitiative läuft bis am 24. Oktober 2024. Vorausichtlich können wir die Initiative bereits im Sommer einreichen. Das zeigt das steigende Bedürfnis von uns Menschen mit Behinderungen nach einem selbstbestimmten Leben ohne Hindernisse.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur, in der ich Einsitz habe, setzt sich in den verschiedensten Themenbereichen ein. Ich werde meinen Schwerpunkt auf die politische Bildung, die Digitalisierung und Frühförderung legen. Auch der Austausch mit dem Eidgenössischen Departement des Innern steht ganz oben auf meiner Agenda, wo mir eine progressive Behindertenpolitik wichtig ist. Diese soll nicht nur ein Nischenthema sein, sondern eine Sichtweise, die in allen politischen Geschäften berücksichtigt werden muss. Das möchte ich als grosses Ziel verfolgen.

Lasst uns den Schwung vom historischen Jahr 2023 mitnehmen und weiter Tatsachen schaffen, auch in diesem Jahr. Gemeinsam können wir noch so viel mehr erreichen!

Simon Stocker



Nach einem fulminanten Wahlkampf ist uns in Schaffhausen im November ein historischer Sieg gelungen. Der Wahlkampf hat Euphorie ausgelöst. Das Spendenaufkommen war riesig und Dutzende haben sich an Aktionen beteiligt. Den progressiven Kräften ist dank toller Zusammenarbeit, einer sensationellen Kampagne und einem grandiosen Wahlkampfteam das fast Undenkbare gelungen. Mit dieser positiven Stimmung im Rücken startete ich im Ständerat und die SP in das kantonale Jahr 2024.

Als Neuling wurde ich in der Wintersession rasch auf einige ungeschriebene Gesetze im Ständerat hingewiesen. So wurde ich angehalten, während der ersten Session nicht ans Rednerpult zu gehen. Wobei ich zurückhaltende Kommunikation durchaus schätze.

Ihr seht, ich bin bereits schneller angekommen als gedacht.

In der ersten Session wurde auch über Inhalte diskutiert. Unsere Anliegen im Umweltbereich oder in der Budgetdiskussion hatten einen schweren Stand. Ich hoffe sehr, dass über die Zusammenarbeit in den Kommissionen Fortschritte erzielt werden können. Ich werde versuchen, mit meiner Berufs- und Lebenserfahrung die nötigen Mehrheiten zu beschaffen.

Erste Motion eingereicht

Gemeinsam mit meiner Nationalratskollegin Estelle Revaz reichte ich eine erste Motion ein, dank der das nationale Programm zur Armutsbekämpfung ab 2025 fortgeführt werden soll und worin der Bundesrat aufgefordert wird, eine nationale Armutsstrategie zu entwickeln. Das Programm finanziert Projekte zur besseren Bildung junger Menschen. Zudem zeigte das Programm Wege auf, wie Armutsbetroffene besser erreicht und in die Gesellschaft integriert werden können. Genau hier möchte ich Schwerpunkte setzen. Es ist und bleibt die SP, die sich für diejenigen Menschen einsetzt, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Hier braucht es im Ständerat jede Stimme.

Wie in jedem neuen Job warten auch zahlreiche Herausforderungen auf mich. Die Einarbeitung in die Kommissionsgeschäfte (Umwelt-, Bildungs- und Geschäftsprüfungskommission) braucht Zeit. Und es sind Hunderte von Personen, die ich nun kennenlernen darf. Gleichzeitig muss ich mit meiner Frau das Familien- und Berufsleben neu organisieren. Das ist anspruchsvoll, weil ich neben meinem neuen Amt sowohl meinen Job als Altersexperte als auch unser Ehe- und Familienleben unter einen Hut bringen will.

Doch ich werde von einer grossartigen kantonalen SP getragen, von den fortschrittlichen Menschen in Schaffhausen und von einer tollen Familie. Ich freue mich deshalb sehr auf die politische Arbeit im Ständerat.

«Das nationale Programm zur Armutsbekämpfung soll fortgeführt werden.»

Simon Stocker

«Gemüse ist sowieso viel spannender»

Moritz Stiefels Hopfenkranz zählt zu den besten Adressen in Luzern. 15 Gault-Millau-Punkte hat sich der Koch erarbeitet. Kann auch die Gourmet-Küche klimafreundlich sein? Das SP-Mitglied erklärt, wie's geht. Pia Wildberger

Die vielbefahrene Zürichstrasse in Luzern und die kleine Schankstube des altherwürdigen «Hopfenkranz» trennt bloss ein schmales Trottoir – es trennt Welten. Drinnen öffnen Koch Moritz und Gastgeberin Luigina Stiefel die Tür zu einer überraschenden Küche, in der die Köche alles selbst zubereiten. «Nur den Wein nicht», sagt Moritz. Auf dem Fenstersims zeugen zahlreiche leere Flaschen von langen Abenden und unterhaltsamen Gesprächen an den wenigen Tischen – eine Reservation wird dringend empfohlen.

Die Stiefels haben dem «Hopfenkranz» neues Leben eingehaucht. Moritz Stiefel gilt als einer der kreativsten Luzerner Gastro-Profis, der auch Pop-up-Restaurants führte und zusammen mit Luigina Stiefel als DJ auflegte. In seiner Küche erfindet er Althergebrachtes wie «Gschwelkti» neu und tischt die Gerichte auf eigens von einer befreundeten Töpferin gefertigten Tellern auf.

Kann diese Küche klimafreundlich sein? «Man muss saisonal kochen.» Das ist in Moritz Stiefels Augen das Entscheidende. «Tomaten im Winter sind ein No-go.» Er bezieht Gemüse, Pilze, Milchprodukte und Fleisch

von Kleinproduzenten aus der Region und kauft jeweils ganze Tiere, die er von «Nose to Tail», vom Kopf bis zum Schwanz, verarbeitet. Und wie sieht es mit Gewürzen aus? Moritz Stiefel setzt auf Salz und Pfeffer – und macht bei der Regionalität Ausnahmen, etwa für Zimt oder Vanille. «Gewürzhandel gab es schon vor über tausend Jahren.»

Kochen mit dem gewissen Etwas

«Kaufe das Fleisch direkt beim Bauern», empfiehlt der Spitzenkoch Konsument:innen, in deren Tiefkühler kein ganzes Rind passt. «Und hole das Gemüse auf dem Markt.» Auf Fleisch mag er selbst nicht ganz verzichten, und hochverarbeitete Ersatzprodukte sind für ihn tabu. «Aber Gemüse ist sowieso viel spannender.»

Das «Randen-Zweierlei mit Ziegenkäse», das er der Links-Redaktion aufischt, löst dieses Versprechen ein. Die einen Randenscheibchen haben eine leicht saure Note, während die anderen vollmundig das Randenaroma ausspielen, beide harmonisieren spannend mit dem Frischkäse. Das Rezept für diese Vorspeise stammt aus Stiefels Rezeptsammlung

«Plöffer-Menu», das er für Hobbyköche und Gäste zusammengestellt hat. Er ist darum sicher: «Dieses nachhaltige Gericht aus der Gourmet-Küche können alle nachkochen.» Viel Spass und «en Guete» beim Essen!

→ Stiefels Hopfenkranz, Zürichstrasse 34, Luzern – Reservation empfohlen unter hopfenkranz.ch

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food Waste fällt in Privathaushalten an. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Keine einfachen Lösungen

Ist der Stadt-Land-Konflikt eine der Ursachen für den Brexit und den Aufstieg der AfD? Der Politologe Lukas Haffert ist dem Phänomen in einem spannenden Buch auf den Grund gegangen. Rebekka Wyler

Das Buch des deutschen Politikwissenschafters Lukas Haffert behandelt eine Frage, die auch für die SP wichtig ist: Gibt es den Konflikt zwischen Stadt und Land wirklich? Welche Formen nimmt er an, und was bedeutet er für die Politik? Haffert betont, dass kein Konflikt «einfach so» Wirksamkeit entfaltet – die Akteure müssen sich den Unterschied zwischen Stadt und Land zuerst selbst aneignen. Denn nicht alle, die in der Stadt leben, sind «urban», und nicht alle Landbewohner:innen sind «ländlich» ausgerichtet. Hinzu kommt: Die erwähnte Aneignung findet nicht im luftleeren Raum statt. Im Gegenteil, der Stadt-Land-Gegensatz wird politisch wie auch medial immer wieder neu herausgearbeitet und als Identifikationsangebot vorgelegt.

Wie ist die Lage vor Ort? Tatsächlich besteht eine gewisse Unzufriedenheit in ländlichen Gegenden, die zum Beispiel auf die schlechtere Versorgung mit öffentlichen Gütern oder auch auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurückzuführen ist, während grosse Metropolen und Universitätsstädte boomen. Der Autor behandelt in erster Linie die Situation in Deutschland, die sich nicht in allen Teilen auf die Schweiz übertragen lässt. Das gilt auch für die von Haffert festgestellten Repräsentations-

defizite real existierender Demokratien. So ist die Untervertretung der ländlichen Bevölkerung und «ländlicher» Sichtweisen in der deutschen Politik und besonders in den Berliner Parteiapparaten deutlich ausgeprägter als in der Schweiz, wo gerade die Landwirtschaft ein massgeblicher Machtfaktor ist und die ländlichen Regionen insbesondere im Ständerat oder dank dem Ständemehr grosses Gewicht haben.

Städter:innen als Feindbild

Spannend schildert Haffert verschiedene internationale Phänomene, die sich auf der Folie eines Stadt-Land-Konflikts lesen lassen. Dazu gehören der «Brexit» und die Proteste der «Gilets jaunes» ebenso wie der Aufstieg Donald Trumps. Ein kosmopolitischer Lebensstil verkörpert hier jeweils das Feindbild. Auch in der Schweiz wirkt der Stadt-Land-Konflikt auf Argumente und Entscheide – man denke zum Beispiel an die Abstimmung über das CO₂-Gesetz, das Jagdgesetz oder über verschiedene landwirtschaftspolitische Vorlagen. Dabei ist gerade auch für politische Parteien die Frage wichtig, weshalb dieser Gegensatz so hohes Mobilisierungspotenzial hat. Haffert begründet dies damit, dass es sich um ein sowohl wirtschaftlich als auch kulturell wirksames Konzept handelt.

Das Buch endet bewusst mit offenen Fragen, denn einfache Lösungen sind laut Haffert häufig trügerisch und Umkehrschlüsse kaum je zutreffend: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern wird die AfD nicht wieder zum Verschwinden bringen – umso dringender bleibt die Frage, wie wir Gegensätze überbrücken und gemeinsam eine solidarische Politik voranbringen können.



Lukas Haffert: Stadt, Land, Frust. Eine politische Vermessung, München 2022.



Maria Mykhailenko

Vorspeise für Gäste

Randen-Zweierlei mit Ziegenkäse

Zutaten für 4 Personen

- 2 grössere Randen
- 5 dl günstiger Weissweinessig
- 100 g Zucker
- 100 g Salz
- 4 Eier
- 1 Chilischote
- 1 Zimtstange
- 1 Zitronengrasstängel
- 1 EL Fenchelsamen
- 1 Blatt Lorbeer
- 1 EL schwarze Pfefferkörner
- 2 Nelken
- 1 Handvoll Blätter Kapuzinerkresse
- 400 g Ziegenfrischkäse (Stiefel empfiehlt Toni Odermatt, geisseheimet.ch)

Zubereitung – am Vortag vorbereiten

Randen im Salzmantel

Eiweiss aufschlagen, Eischnee herstellen. Salz darunterziehen und nochmals aufschlagen. 1 Rande mit Schale durch den Eiweissmantel ziehen und auf ein Blech mit Backpapier geben. Im Ofen bei 160 Grad Umluft 150 Min. backen. Auskühlen lassen.

Handschuhe anziehen, Randen aus dem Teig nehmen. Mit Rüstmesser ohne Zacken die Rande schälen.

Hobel auf 2 mm einstellen und den Randen in feine Scheiben hobeln. Mit einem Ring Kreise ausstechen und kühl stellen.

Randenabschnitte auf ein Blech mit Backpapier geben und bei 50 Grad im Ofen 5 Stunden trocknen. Danach Abschnitte mit Stabmixer auf höchster Stufe pulverisieren. In Gefäss abfüllen und trocken lagern.

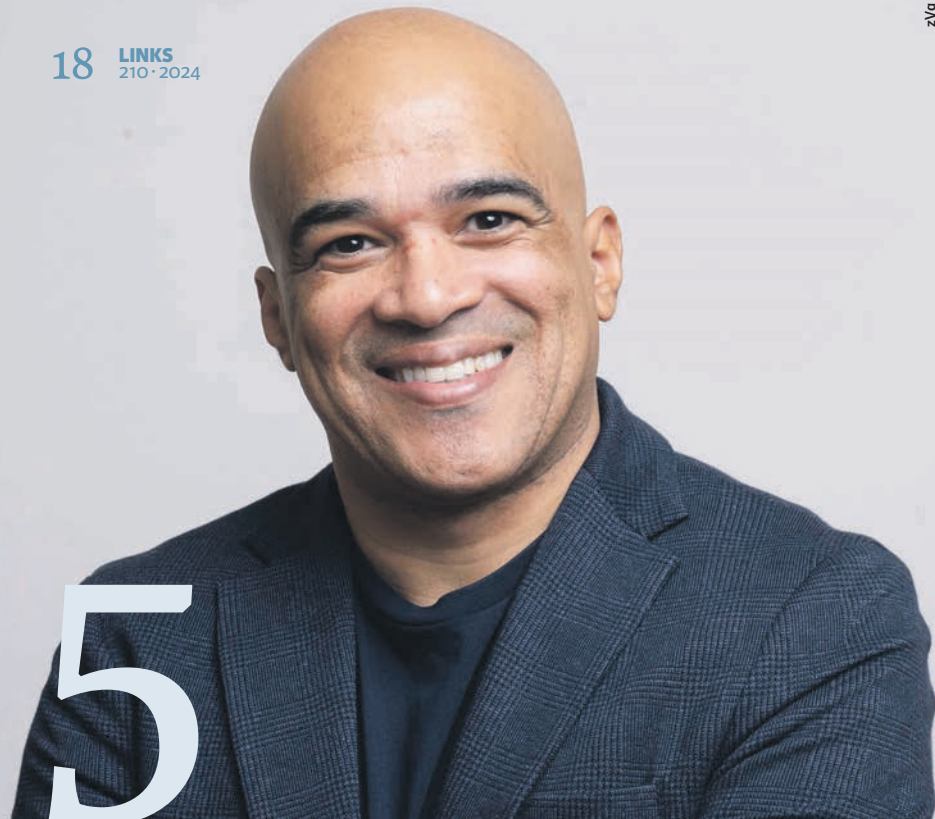
Sauer eingelegte Randen

Essig, Zucker, Chili, Zimtstange, Zitronengras, Fenchelsamen, Lorbeer, schwarze Pfefferkörner, Nelken und 2 dl Wasser in einen Topf geben und aufkochen.

Zweite Rande schälen (Handschuhe!) und in 2 mm dicke Scheiben schneiden. In den Sud geben und kurz aufkochen, im Fond abkühlen lassen. Die kalten Randenscheiben mit dem 2-cm-Ring ausstechen.

Anrichten

Ca. 100 g Ziegenfrischkäse bei Zimmertemperatur in einen Teller geben. Mit den zweierlei Randenscheiben regelmässig belegen. Kresseblätter darüber geben und unmittelbar vor dem Servieren das Randenpulver durch ein Teesieb darüber streuen. En Guete!



5

Fragen an **Vilson Ferreira Mendonça**

aus Abtwil SG, stellvertretender Teamleiter Integration

Kannst du dich kurz vorstellen?

Ich bin verheiratet und Vater von zwei Kindern. In Brasilien habe ich Marketing und Kommunikation studiert. Vor 19 Jahren kam ich in die Schweiz und musste quasi bei null anfangen. Ich habe fleissig Deutsch gelernt und vor zwei Jahren eine Weiterbildung in Migrationsrecht an der Uni Bern absolviert. Das war sehr wichtig für mein berufliches Vorankommen. 2007 habe ich beim Migrationsamt angefangen, und seit zehn Jahren darf ich bei der Integrationsabteilung Migrant:innen willkommen heissen. Als Kind wollte ich alle damals etwa sieben Milliarden Menschen auf der Erde kennenlernen. Diesen Traum kann ich mir in diesem Job ein Stück weit erfüllen.

Warum bist du der SP beigetreten?

Ich war schon in Brasilien immer links. Als Verwaltungsangestellter war ich mir jedoch lange nicht sicher, ob ich in der Schweiz überhaupt einer Partei beitreten darf, gerade als Migrant. Kurz bevor die Partei die Liste für die Kantonsratswahlen im März einreichen musste, hat mich ein Fraktionsmitglied des Stadtparlaments davon überzeugt, auch mitzumachen. Meine Integration in der Schweiz gipfelt in dieser Kandidatur. Nicht nur selbst zu wählen, sondern auch gewählt werden zu können, bedeutet mir viel.

Wie hat dein Umfeld auf deine Kandidatur reagiert?

Die meisten finden es toll, dass ich kandidiere, und wollen mich wählen, auch wenn sie die SP sonst nicht unterstützen. Ich möchte mit meiner Kandidatur aufzeigen, dass auch wir Migranten einen Platz in der Politik haben.

Welches Thema ist dir in der Politik besonders wichtig?

Armut ist ein grosses Thema. Früher dachte ich, das gebe es in der reichen Schweiz gar nicht. Jetzt sehe ich es. Wir haben in diesem Land so viel Geld. Damit retten wir Banken, während Menschen unter Armut leiden. Das passt nicht zusammen.

Du bist nach deinem Beitritt direkt in den Wahlkampf eingestiegen.

Was ist dein erster Eindruck vom Politbetrieb?

Ich bin begeistert. Ich habe das Gefühl, richtig angekommen zu sein. Es ist natürlich auch sehr viel los, und ich freue mich, wenn ich ab März wieder etwas mehr Zeit für meine Familie habe. Aber es ist spannend, intensiv und ich bin glücklich, dabei zu sein.

Interview: Jonas Bischofberger



MACH MIT! FORUM FÜR EINE EUROPA- FREUNDLICHE SP

«Die SP steht für die rasche Einleitung von Beitrittsverhandlungen mit der EU ein», steht prominent im Parteiprogramm von 2010. Alle, die dieses Ziel aktiv unterstützen wollen, stehen heute an einer Wegkreuzung: Eben hat der Bundesrat ein neues, aber leider wenig ambitioniertes Verhandlungsmandat verabschiedet. Gleichzeitig bringt die von der EU angebotene Non-Regression-Clause Bewegung in die lange festgefahrene Lohnschutzfrage. Während die Schweiz nach rechts rückt, ist die EU in den vergangenen Jahren sozialer und umweltfreundlicher geworden. Mindestlöhne, Antidumpingmassnahmen oder Green Deal – Europa ist in sozialen und ökologischen Fragen oft fortschrittlicher als die Schweiz. Viele progressive Rechtsentwicklungen in der Schweiz wurden durch EU-Regelungen überhaupt erst angestossen.

Für die SP gilt es nun, diese Chancen zu nutzen und auf eine Politik der stärkeren europäischen Integration zu drängen. Um die entsprechenden Stimmen innerhalb unserer Partei zu stärken, gründeten wir im vergangenen Jahr die SP-EU-Plattform.

Als Mitglieder konnten wir bereits ein dynamisches Vorstandsteam gewinnen. Dieses besteht aus Ständerätin Franziska Roth sowie aus jungen Nationalrät:innen wie Fabian Molina, Jon Pult und Sarah Wyss, aus Exekutivpolitiker:innen wie Jacqueline Fehr und Laurent Kurth sowie aus jungen Studierenden und Politveteranen wie Mario Carera. Bis zur Wahl in den Bundesrat war auch Beat Jans im Vorstand aktiv.

Wir haben grosse Pläne. Die SP-EU-Plattform soll ein offizielles Forum innerhalb der SP Schweiz werden. Mit 500 Mitgliedern erhält ein Forum das Recht, eine:n Delegierte:n in den Parteirat sowie an Parteitage zu entsenden und Anträge einzureichen. Werde auch Teil dieser Bewegung.

→ Hier kannst du Mitglied werden:
sp-eu-plattform.ch





Online-Seminar «Den Wandel demokratisch gestalten»

Die Vielfachkrise und besonders die Klimaerhitzung machen einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel nötig. Dieser stellt Demokratien vor immense Herausforderungen, das macht das weltweite Aufkommen des Faschismus deutlich. Ist der Wandel überhaupt demokratisch machbar? Dem geht die Online-Reihe an drei Terminen nach:

- 22. Februar 2024, 19.30–21 Uhr
Mit Felix Heidenreich (Universität Stuttgart, Autor von «Die Zukunft der Demokratie») spricht Pascal Zwicky (Denknetz)
- 7. März, 19.30–21.00 Uhr
Mit Sonia Seneviratne (ETH Zürich, Mitautorin von «Mit einem Zukunftsrat gegen die Klimakrise») spricht Cédric Wermuth (Nationalrat, Co-Präsident SP Schweiz)
- 13. März 2024, 19.30–21 Uhr
Mit Isabell Lorey (Kunsthochschule Köln, Autorin von «Demokratie im Präsens») spricht Mia Jenni (Sekretärin SP Queer, Grossrätin)

Anmeldung und weitere Veranstaltungen sowie Studien, Publikationen und Diskussionspapiere unter
→ anny-klawa-morf.ch

BILDUNG BEI DER SP SCHWEIZ

Keine Demokratie ohne Bildung! An unseren Veranstaltungen informieren wir engagierte Parteimitglieder über die unterschiedlichsten Themen, unterstützen unsere Vorstandsleute und Behördenmitglieder in ihrem Engagement und stärken die Vernetzung in der Partei. Die Anlässe finden in der Regel online via Zoom statt, den Link erhaltet ihr jeweils nach der Anmeldung unter: sp-ps.ch/bildung



Wie gehen wir im politischen Alltag mit Hass, Beleidigungen und Drohungen um?

- Dienstag, 20. Februar, 19.30–21 Uhr
- Zielpublikum: Mitglieder in Behördenämtern

Sitzungen und Versammlungen erfolgreich durchführen

- Dienstag, 5. März, 19.30–21 Uhr
- Zielpublikum: Mitglieder mit parteiinternen Funktionen

gestern & heute:

Der Matrosenaufstand von Kronstadt von 1921

Prof. Dr. Jörn Happel von der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität diskutiert mit uns über Utopie und Realität der russischen Revolution und über die Durchsetzung der kommunistischen Herrschaft in der frühen Sowjetunion.

- Mittwoch, 13. März, 19.30–21 Uhr
- Zielpublikum: Mitglieder und Interessierte

Datenschutz für Sektionen und Kantonalparteien

- Donnerstag, 14. März, 10–11 Uhr für Kantonalparteien

- Mittwoch, 20. März, 19.30–20.30 Uhr für Sektionen
- Zielpublikum: Mitglieder- und Datenschutzverantwortliche

Unsere Mitgliederdatenbank Tocco

Wichtige Tipps für die korrekte und effiziente Nutzung unserer Mitgliederdatenbank.

- Dienstag, 28. Mai, 10–16 Uhr
- Präsenzveranstaltung in Bern
- Zielpublikum: Adressverantwortliche/Mitgliederadministration sowie Power-User:innen in den Kantonalparteien

Kommunaltagung

Die diesjährige Kommunaltagung widmet sich dem Thema Kollegialitätsprinzip auf Gemeindeebene sowie Workshops zu verschiedenen Themen inhaltlicher und handwerklicher Art. Im Vordergrund stehen neben fachlichen Inputs der Austausch und die Vernetzung.

- Samstag, 14. September, 10–16 Uhr in Belp
- Zielpublikum: Mitglieder in Behördenämtern

AGENDA 2023/24

10. FEBRUAR 2024
Mitgliederversammlung der SP Frauen in Zürich

12. FEBRUAR 2024
13. AHV-Rente mit Mattea Meyer, Zürich

14. FEBRUAR 2024
13. AHV-Rente mit Samira Marti, Basel

24. FEBRUAR 2024
Parteitag in Grand-Sacconex, Genf

8. MÄRZ 2024
Tag der Frau – Aktionen in der ganzen Schweiz

16. MÄRZ 2024
Mitgliederversammlung der SP queer in Luzern

22. MÄRZ 2024
Parteiratssitzung in Olten

23. MÄRZ 2024
Jahreskonferenz der SP Migrant:innen, Bern

18. APRIL 2024
Delegiertenversammlung der SP60+, Bern

Aktuelle Infos unter www.sp-ps.ch/agenda

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Einführungskurs Doppelte Buchhaltung

Kurs-Nr. D1.8.2411
18.–19. März 2024 in Thun
Was ist doppelte Buchhaltung? Warum braucht es sie? Wie funktioniert sie? Lerne die theoretischen Grundlagen der doppelten Buchhaltung kennen. In praktischen Übungen wird das Gelernte vertieft und eine Musterbuchhaltung von der Eröffnung bis zum Abschluss durchgespielt.

Der Arbeitsmarkt, mein Lebenslauf und ich

Kurs-Nr. D2.5.2421
25. März 2024 in Wallisellen
Der Arbeitsmarkt verändert sich immer schneller. Viele Berufe gibt es nicht mehr, neue kommen laufend hinzu. Damit steigen auch die Anforderungen an die Arbeitnehmenden. Wir befassen uns mit der Arbeitsmarktfähigkeit und den Bildungsmöglichkeiten der Teilnehmenden, und

wir erarbeiten kreative Ideen für die Suche nach einer neuen Stelle.

Protokollführung

Kurs-Nr. D1.8.2414
3.–4. April 2024 in Sigriswil
Das Protokoll dient nicht nur der Information und Kontrolle; es ist auch ein wichtiges Führungsinstrument. Wer Protokolle liest, geht besser vorbereitet an die nächste Sitzung. Protokollführung ist anspruchsvoll. Die Teilnehmenden lernen, die wesentlichen Aussagen und Entscheidungen laufend schriftlich festzuhalten.

Queer am Arbeitsplatz

Kurs-Nr. D2.5.2427
11.–12. April 2024 in Männedorf
In der Schweiz sind viele Lesben, Bisexuelle, Schwule, queere und trans Menschen am Arbeitsplatz nicht geoutet. Auch im Arbeitsalltag erfahren LGBTIQ-Personen oft Ausgrenzung und Diskriminierung. Doch welchen Schutz vor Diskriminierung hat eine queere Person? Und wie können queere Kolleg:innen unterstützt werden?

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

links | Mitgliederzeitung der SP Schweiz

Retouren an: SP Schweiz, Postfach

AZB
CH-3001 Bern
PP/Journal

Post CH AG

SP

**AUTOBAHN-AUSBAU
STATT KLIMASCHUTZ?
NEIN!**

Jetzt kostenlos bestellen!

**Die Rente
reicht nicht
mehr.**

13. AHV-Rente
am 3. März **JA**